30.9.2021 | **Von:** **Stefan Wolle**

Stefan Wolle

Der Historiker Stefan Wolle war 1989/90 Sachverständiger für die Stasi-Akten am Runden Tisch. Er ist Verfasser mehrere Bücher über die Geschichte der DDR und leitet das DDR-Museum in Berlin.

„Wir waren eine verschwindende Minderheit“

Eine persönliche Erinnerung an Reinhard Schult (1951-2021), der zum Kern der DDR-Opposition gehörte, kämpfend gegen Ungerechtigkeit und Heuchelei, nimmermüde wie ein moderner Don Quichotte.

Es mag fast zwanzig Jahre her sein, dass ich Reinhard Schult auf seinem Landsitz besuchte, um mit ihm über einen biografischen Essay zu sprechen, den zu schreiben ich übernommen hatte. Wir kannten uns aus den turbulenten Monaten der Stasi-Auflösung, hatten damals aber kaum Zeit für ein längeres Gespräch gefunden. Übrigens war es nicht seine Art, viel von sich zu erzählen.

Seit 1997 lebte Reinhard Schult zusammen mit seiner Freundin und zwei Kindern in Fredersdorf bei Gramzow, einem winzigen Dorf in der Uckermark. Dort stand er an fünf Abenden in der Woche hinter dem Tresen der Gaststätte „Zur Linde“ und ließ sich von den Besucherinnen und Besuchern der Kneipe erzählen, was es Neues im Ort gibt. Die Bauern und Bäuerinnen hatten schnell Zutrauen zu dem Neuankömmling aus der Stadt gewonnen und ihn bei der Kommunalwahl im Jahre 1998 zum stellvertretenden Bürgermeister der hundertvierzig EinwohnerInnen zählenden Gemeinde gewählt. Neben dieser ehrenamtlichen Tätigkeit kümmerte er sich auf seinem Hof um das Federvieh und die Schafe, baute Gemüse und Obst an und widmete sich der Ausbesserung seines rund zweihundert Jahre alten Fachwerkhauses. Wer ihn in Arbeitskluft zwischen Hühnerstall und Gemüsebeet sah, mag an einen verbannten Volkstribunen oder an den römischen Kaiser Diokletian gedacht haben, der sich angewidert vom sittenlosen Treiben seiner Landsleute nach Dalmatien zurückzog, um dort Melonen zu züchten.

Den Konflikt in die Wiege gelegt

Der Konflikt mit der DDR-Obrigkeit war für den 1951 in Berlin geborenen Reinhard Schult von frühester Kindheit an selbstverständlich. Seine Mutter war Krankenschwester im Krankenhaus Berlin-Kaulsdorf. In dem östlichen Randbezirk von Berlin wohnte auch die Familie. Als die Mauer gebaut wurde, saßen sie bereits auf gepackten Koffern, um in den Westen zu gehen. Sie hatten bereits Flugtickets von Westberlin in die Bundesrepublik gekauft. Doch dann kam der 13. August, die „Falle“ schnappte zu, und es wurden lange Zeit Pläne geschmiedet, wie man doch noch in den Westen gelangen könnte. Es gab dort eine zahlreiche Verwandtschaft, und schon in der Schule galt Reinhard Schult als „westlich eingestellt“. Er las lieber die verbotenen Mickey-Mouse-Hefte als die Pionierzeitschrift „Trommel“. Der lange Abschied von der Staatsideologie, die Brüche und Konflikte mit dem Elternhaus und die qualvolle Lösung aus den Armen der Partei, die für viele kritische DDR-Intellektuelle so typisch waren, blieben Schult erspart.

In der Jungen Gemeinde in Berlin-Mahlsdorf fand er einen verständnisvollen Pfarrer, der eine ihn faszinierende Jugendarbeit machte. Schult überzeugte die ganze Klasse, einschließlich des FDJ-Sekretärs, geschlossen zu einer Kirchenveranstaltung zu gehen, und löste damit den ersten Skandal seiner Laufbahn aus. In der zwölften Klasse trat er aus der FDJ aus und verweigerte bei der Musterung den Wehrdienst in der Nationalen Volksarmee. Doch an der Betriebsberufsschule des Wohnungsbaukombinats in Berlin-Oberschöneweide wurde wohl manches nicht so verbissen gesehen wie an einer Erweiterten Oberschule. Immerhin konnte Schult 1971 dort neben der Facharbeiterprüfung als Maurer das Abitur ablegen. Danach begann er ein Studium der Theologie am Sprachenkonvikt in Berlin.

Nach einigen Monaten erkannte er, auch hier am falschen Ort zu sein. Mittlerweile junger Familienvater, ging er auf den Bau, wo man für damalige Verhältnisse ganz gut verdiente. 1976 wurde er für achtzehn Monate als Bausoldat eingezogen. Nach

seiner Rückkehr begann er, in oppositionellen Zirkeln und Grüppchen tätig zu werden. Er trat mit Freunden in Kirchen auf, wo sie Lieder und Texte von Wolf Biermann, Reiner Kunze und anderen vortrugen.

1979 wurde ein Bekannter beim Versuch, die DDR zu verlassen, verhaftet. Beim Stasi-Verhör beschuldigte dieser seinen Freund, in die Fluchtvorbereitungen eingeweiht gewesen zu sein, weshalb Schult am 13. August 1979 unter dem Vorwurf der Beihilfe zur Republikflucht verhaftet wurde. Vor Gericht nahm sein Bekannter die belastenden Aussagen zurück, sodass dem wutentbrannten Staatsanwalt nur noch der Anklagepunkt „öffentliche Herabwürdigung“ blieb. Wegen der Weitergabe einer Ausgabe der Zeitschrift „Roter Morgen“ der KPD/ML und Texten von Biermann wurde Schult zu neun Monaten Freiheitsentzug verurteilt. Weniger konnte man ihm nicht geben, weil er diese Zeit schon in der Untersuchungshaft abgesessen hatte. Bei seiner Haftentlassung wurde ihm bedeutet, dass ein Ausreiseantrag gute Chance hätte, schnell genehmigt zu werden. Doch nun wollte Schult nicht mehr in den Westen.

Er stürzte sich in das damals aufblühende Treiben der Friedens- und Umweltgruppen, nahm 1980 an einem Friedensseminar in Königswalde teil, organisierte Diskussionsforen ehemaliger Bausoldaten, auf denen für die Verweigerung des Dienstes an der Waffe geworben wurde, arbeitete im Friedenskreis der Evangelischen Studentengemeinde mit, bildete einen Diskussionskreis zur Geschichte der KPD und einen Karl-Marx-Kreis. Ab 1985 war er in der Gruppe „Gegenstimmen“ und seit 1987 in der „Kirche von unten“ tätig.

Zwischen Marx und Jesus

Die unbekümmerte Mixtur aus linken und christlichen Ideologiefragmenten war typisch für die damalige DDR-Opposition. Im Grunde ging es gar nicht um die Durchsetzung ideologischer oder politischer Vorstellungen, sondern um die Wahrung der Selbstachtung im Lande der Lügen und der Heuchelei.

„Die Opposition in der DDR war eine kleine Opposition", schrieb Reinhard Schult als einer der Protagonisten der Bewegung 1995 in einer Art Abschiedsbrief. Und weiter: „Fast kannte jeder jeden. Die Hoffnung, das SED-Regime zu stürzen, hatte niemand von uns. Es ging um etwas mehr Luft in dieser miefigen DDR, um etwas mehr Bewegungsfreiheit in der Zwangsjacke. Wir waren eine verschwindende Minderheit –ohne Rückhalt in der Bevölkerung, wie etwa die Solidarnosćś in Polen.“

Ähnlich beurteilte das eine Analyse der zuständigen Abteilung XX der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), die für 1986, bezogen auf Ostberlin, von 18 „Friedens- und Ökologiekreisen mit circa 350 Mitgliedern" sprach. Hinzu kam ein SympathisantInnenumfeld von maximal zehnfacher Größe, also drei- bis sechstausend Personen. Selbst bei großzügigster Rechnung handelte es sich dabei statistisch gesehen um einen zu vernachlässigenden Anteil von weniger als einem halben Promille der hauptstädtischen Gesamtbevölkerung.

Zwei oder drei Dutzend AktivistInnen trugen die Opposition über Jahre hinweg. Prominente KünstlerInnen, SchriftstellerInnen oder WissenschaftlerInnen fehlten gänzlich, obwohl sie kaum ein persönliches Risiko eingegangen wären. Auch die MitarbeiterInnen von Universitäten, wissenschaftlichen Instituten oder kulturellen Einrichtungen traten bestenfalls einzeln und unter dem Schutz der Anonymität auf. Das klassische Milieu der Intelligenzija, das in Osteuropa und der Sowjetunion eine so wichtige Rolle spielte, hatte kaum Berührungspunkte mit den jungen Leuten aus den Kirchenkreisen.

Aber auch dort herrschte keineswegs die reine Harmonie. Obwohl man sich untereinander kannte, beim Singen einander an den Händen fasste und das brüderliche und schwesterliche Du vorherrschte, blühten hinter der Fassade der Friedfertigkeit – von den Stasi-Spitzeln kräftig geschürt, aber nicht verursacht – doktrinäres Gezänk, Eifersüchteleien und Führungsstreit. Die lange innere Emigration blieb nicht ohne Auswirkungen auf die psychosoziale Befindlichkeit und führte zu den bekannten Symptomen der isolierten Kleingruppen. Das individuelle Aufbegehren ist inmitten einer Umwelt des alltäglichen Opportunismus der biographische Ausnahmezustand, für den die wenigen Oppositionellen einen ausgesprochen hohen Preis zahlten. Er bestand – jedenfalls für alle außerhalb des kirchlichen Dienstes Beschäftigten – im Verzicht auf bürgerliche Normalität, berufliches Fortkommen, familiäre Unbeschwertheit. Nach der Wende wurden die Folgen dieses Verzichts schmerzhaft deutlich.

Wen mag es wundern, dass aus diesem Milieu keine Machtmenschen hervorgingen. Sie waren zur Opposition gestoßen, weil sie die Macht verabscheuten. Im Rückblick mag die Zersplitterung, die ideologische Diffusion, der mangelnde Machtwille und der schlechte Organisationsgrad der DDR-Opposition als Schwäche erscheinen. In Wahrheit war genau dies ihre Stärke. Illegale Organisationen kann man unterwandern, kontrollieren und zerschlagen. Im Grunde hätte die Staatsmacht gar keine andere Wahl gehabt, als gegen Versuche einer wirklich politischen Organisation mit Brachialgewalt vorzugehen. Eine Lebenshaltung aber ist umso schwerer zu verbieten, je weniger greifbar sie ist. Die Bewegung, die sich vornehmlich ethisch, teilweise theologisch definierte, war nicht zu verbieten. Sie wurde durch jede Verfolgung stärker. Genau dies geschah in den Jahren 1987 und 1988, als jeder Anlauf der Repression die Oppositionsbewegung bekannter machte und ihr über die westlichen

Medien eine große Öffentlichkeit verschaffte.

In den Veranstaltungen, bei denen die Gruppen ein Podium erhielten, ging es um Feindesliebe, um gewaltfreie Erziehung, um Mitmenschlichkeit und sozialen Friedensdienst. Natürlich ahnte die Staatsmacht das explosive Potenzial dieser Art von beschränkter Öffentlichkeit, konnte aber schwer gegen kirchliche Veranstaltungen einschreiten. Das weltanschauliche Defizit der Kirchengruppen ist oft beklagt worden, aber gerade das machte die Szene so gefährlich. Damals wurde oft das Wort aus dem Matthäus-Evangelium zitiert: „Seid klug wie die Schlangen und sanft wie die Tauben.“ Eine andere Form der politischen Emanzipation wäre kaum möglich gewesen.

Unter dem Schutzschild von Kirchenfeiern und Freier Arbeit bildete sich eine eingeschränkte, aber lebendige Öffentlichkeit. Dort wurden demokratische Verfahrensweisen erprobt, eine Diskussionskultur erlernt, eine pluralistische Kultur des Streits entwickelt. Vor allem aber bildeten sich Kristallisationskerne einer politischen Opposition und Ansätze einer Infrastruktur. All dies musste die Staatsmacht fürchten wie der Teufel das Weihwasser, beruhte doch ihre Macht auf der Ausschaltung jeder politischen Öffentlichkeit.

Ein Piratensender auf dem Dachboden

Eine der unglaublichsten –allerdings auch abenteuerlichsten und wenn man so will auch leichtsinnigsten – Aktionen von Reinhard Schult war die Installierung eines Piratensenders im Ostteil von Berlin. Ende Oktober 1986 verbreitete Schults Gruppe auf winzigen Zetteln die atemberaubende Mitteilung: „Weitersagen! Der erste unabhängige Sender in der DDR –31.10. / 22.00 Uhr, UKW 99,2 MHz." Die laut Stasi-Bericht mit dem DDR-Kinderstempelkasten „Famos 502" gedruckte Nachricht schreckte die Staatsmacht auf. Auch westliche Zeitungen und Radiostationen berichteten über das tollkühne Unternehmen der DDR-Opposition. Ein Grund mehr für die Stasi, die ganze Angelegenheit für einen Fake zu halten. Trotzdem kreiste am Tag der angekündigten Sendung über den Ostbezirken Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Lichtenberg seit dem Morgen ein kleines Flugzeug. Eine „stationäre und halbstationäre Peilbasis der MfS-Hauptabteilung III" versuchte, den Sender ausfindig zu machen, und auf den Straßen patrouillierten Streifenwagen der Volkspolizei.

Pünktlich um 22 Uhr ertönte im Äther der Piratensender: „Gegen die Verblödung aus dem Westen und das Informationsmonopol unserer Tattergreise." Dann ging es um die Katastrophe von Tschernobyl, die damals ungefähr ein halbes Jahr zurücklag. „Bis heute hat es unsere Obrigkeit nicht für nötig empfunden, die gemessenen radioaktiven Niederschläge, die Werte in Boden, Wasser und Lebensmitteln zu veröffentlichen. Sie liegen in den Tresoren unter Verschluss. MitarbeiterInnen wissenschaftlicher Institute, die eigene Messungen durchführten und ihre Bekannten daraufhin warnten, Milch und ähnliche Nahrungsmittel nicht zu sich zu nehmen, wurden von der Stasi verwarnt und bedroht. Sie sollten keine Unruhe stiften. Die Entmündigung ist hochgradig vorangeschritten. Das System der organisierten Verantwortungslosigkeit ist weit ausgebaut. Oberstes Gebot ist die Friedhofsruhe."

Das alles wurde von einer tiefen Männerstimme in deutlich Berlinerischer Färbung vorgetragen. Auch der proletarische Sound des Vortrags war überdeutlich. Reinhard Schult hatte sich nicht bemüht, seine Stimme zu verstellen oder sich einer hochdeutschen Sprechweise zu befleißigen. Doch die gesamte hochgerüstete Technik des MfS versagte dabei, ihn zu identifizieren. Auch die Sendeanlage auf einem Dachboden im Prenzlauer Berg fanden sie nicht, sodass sie bei der Meinung blieben, in Wahrheit hätte der Sender jenseits des sogenannten Antifaschistischen Schutzwalls gestanden und die Aktion sei von westlichen Geheimdiensten organisiert worden. Dabei war Reinhard Schult als einer der ProtagonistInnen der PUT, wie die Politische Untergrundtätigkeit im Stasijargon hieß, gut bekannt.

Motor des Neuen Forum

Am 7. Mai 1989 beteiligte sich Reinhard Schult aktiv an der landesweiten Organisation der Aufdeckung der flächendeckenden Kommunalwahlfälschung in der DDR. Am 9. September 1989 schließlich gehörte er zu den neunundzwanzig ErstunterzeichnerInnen des Aufrufs „Aufbruch 89 – Neues Forum“, für das er einer der maßgeblichen Akteure war, energisch, kantig, aufrecht und unbeirrbar.
In der rapide wachsenden Bürgerbewegung versuchte er in den folgenden Monaten, die basisdemokratischen Ideale hoch zu halten. Durch die Fernsehübertragungen der Sitzungen des Zentralen Rundes Tisches von Regierung und den Gruppen der Opposition und durch zahlreiche andere öffentliche Auftritte wurde er im ganzen Land bekannt. Stets mürrisch und schlecht gelaunt brachte er im Berliner Proletenslang die Dinge auf den Punkt und zerstörte das Harmoniegesäusel der alten Obrigkeit.

Sturm auf die Stasi

Am 15. Januar 1990 gehörte Schult zu den couragierten OrganisatorInnen der Demonstration vor der Stasi-Zentrale in der Ruschestraße in Berlin-Lichtenberg, die mit der Besetzung des Gebäudekomplexes durch Demonstrierende endete und zur Bildung eines Bürgerkomitees. Am nächsten Morgen tagte die neu gegründete Arbeitsgruppe Sicherheit des Runden Tisches

erstmalig auf dem Gelände des Stasi-Hauptquartiers in Berlin-Lichtenberg. Die immer noch aktive SED-Gefolgschaft versuchte, Reinhard Schult persönlich die Verantwortung für das vermeintliche Chaos der Nacht in die Schuhe zu schieben. Im Aufruf des Neuen Forums hatte es geheißen, man solle Ziegelsteine mitbringen, um das Eingangstor symbolisch zuzumauern. Diese Botschaft wurde nun gezielt missdeutet. Angeblich sollten die Leute Steine mitbringen, um mit ihnen Fensterscheiben einzuwerfen oder noch schlimmeres Unheil anzurichten. Aber verletzt wurde niemand und Zerstörungen gab es aus Sicht Schults allenfalls "professionell" von interessierter Seite.[1]
Tatsächlich war in der Nacht einiges Glas zu Bruch gegangen. Lauthals klagte das *Neue Deutschland* über Gewalt des angeblich entfesselten Mobs. Als Steine gegen die Glastüren des Versorgungstraktes der Stasi flogen, rief ein Demonstrant: „Lasst die Scheiben heil!“ Daraus konstruierte das Zentralorgan der inzwischen umbenannten SED die Meldung, Demonstranten seien unter „Heil-Rufen“ in das Gebäude eingedrungen. Doch wie man die Hintergründe des Sturms auf die Stasi auch immer bewerten will – die Besetzung der MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg gab den folgenden Ereignissen Durchschlagskraft und Tempo. Die Pläne, die Stasi unter neuer Bezeichnung als Verfassungsschutz und Amt für Nationale Sicherheit weiter arbeiten zu lassen, waren endgültig vom Tisch.

Zwischen den Fronten

In den folgenden Monaten vertrat Reinhard Schult das Neue Forum in der Arbeitsgruppe Sicherheit, welche die Auflösung des MfS kontrollierte. Nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 und der Einsetzung eines Staatlichen Komitees für die Auflösung der Staatsicherheit unter der Dienstaufsicht des neuen Innenministers Peter-Michael Diestel (CDU), bildete Schult eine eigene „Operative Gruppe“ innerhalb der Behörde, die den Geist der Bürgerkomitees aufrecht zu erhalten suchte. Gegen den allgemeinen Trend zur Leisetreterei und zur vornehmen Zurückhaltung gegenüber den Tätern des Stasi-Systems trat die Gruppe mit offenen Anklagen und Aktenpublikationen auf. Immerhin hatte sie einen Teil der Öffentlichkeit auf ihrer Seite. Die Schmuddelkinder waren die Helden der Saison, und sie nutzten ihre Popularität mit professionellem Geschick. Sie hatten es in den Zeiten der Diktatur gelernt, aus der Außenseiterposition heraus die Medien zu nutzen.

Doch in den Monaten bis zur staatlichen Vereinigung zeichnete sich bereits jene für die kommenden Jahre typische Symbiose zwischen dem Beamtenapparat aus dem Westen und den alten DDR-Seilschaften ab. Leute wie Schult störten diese neue Eintracht des wiedervereinigten Establishments. In den Augen der Anarchisten war die neue Staatsordnung kaum besser als die alte. Als in den Räumlichkeiten des MfS für die erwarteten bundesdeutschen Beamten neuer Fußbodenbelag ausgerollt unc drehbare Bürosessel mit Lederbezug angeliefert wurden, war es Zeit, wieder das Banner des Aufruhrs zu hissen.

Der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) war in der Tat der Ansicht, den gesamten Aktenbestand der Staatssicherheit am besten ins Bundesarchiv nach Koblenz zu verfrachten und mindestens dreißig Jahre unter Verschluss zu halten. Als diese Pläne bekannt wurden, besetzten Schult und seine Gruppe im September 1990 symbolisch einige Räume des Archivs der Staatssicherheit. Die Polizei riegelte das Gelände ab und bereitete sich zum Sturm vor. Wieder standen die Oppositionellen gegen die Staatsmacht. Es waren die alten Uniformen und die alten Kader, nur dass sie inzwischen unter dem Befehl des DDR- und CDU-Innenministers Diestel standen.
Ein Besuch der Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl (CDU) am Ort des Geschehens entspannte vorläufig die Situation. Sie verhandelte durch die verriegelte Tür mit den Besetzern und Besetzerinnen und pfiff anschließend die Polizei zurück. Die Akteure traten nun in den Hungerstreik, um den Verbleib der Akten in der DDR durchzusetzen. Als die Volkskammer über die Frage debattierte, erschienen Schult und einige MitstreiterInnen im Plenarsaal. Unrasiert und gezeichnet vom Hungerstreik stand er im Blitzlichtgewitter. Unter dem moralischen Druck dieser Aktionen beschloß das DDR-Parlament den Verbleib der Akten in Berlin und die Einsetzung eines Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Die Bürgerbewegung erzielte damit einen letzten großen Erfolg.

Schult wurde am 2. Dezember 1990 auf der Liste von Bündnis 90/Die Grünen ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Doch der Kreis der DDR-Bürgerrechtler war klein geworden und schmolz weiter zusammen. Sie trennten sich von der Fraktion und bildeten eine Abgeordnetengruppe mit dem Namen Neues Forum/Bürgerbewegung.

Nach dem Ende der Legislaturperiode im Jahre 1995 wurde Schult arbeitslos, meldete sich schließlich beim Sozialamt. Für Rebellen gibt es keine Versorgungsansprüche. Schult hat das immer gewusst und sich nie darüber beklagt.

Kampf gegen die Windmühlenflügel

Von einem Rückzug aus der Politik wollte er auch damals nichts wissen. Er kümmerte sich um rechtsradikale Jugendliche, schrieb gelegentlich in Zeitungen, blieb noch eine Zeit lang in den Medien präsent und war mehrere Jahre lang Vorsitzender des „Bürgerkomitees 15. Januar“, das in seinem Namen an den legendären Sturm auf das MfS-Hauptquartier am 15. Januar 1990 erinnerte. Politisch landete er auch in der neuen Gesellschaft wieder ganz links. Er zog gegen die „Agenda 2010“ und die Hartz-IV-Politik der SPD-Regierung von Gerhard Schröder zu Felde, versuchte die Tradition der Montagsdemos wieder aufleben zu lassen und hielt vor einem immer kleiner werdenden Publikum auf dem Alexanderplatz in Berlin aufrührerische Reden. Er

war immer an der Seite der aus seiner Sicht unterdrückten und belogenen Massen – auch wenn er immer mehr ganz alleine war.
Schließlich wurde er im Jahr 2010 Mitarbeiter der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur des Landes Brandenburg, Ulrike Poppe. Er beriet Opfer der SED-Diktatur bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche. Dann wurde es stiller um Reinhard Schult, der einst so viel elementare Kraft ausgeströmt hatte. Eine komplizierte Krankheit, die ihm die Stimme raubte, hatte ihn in ihren Fängen und ließ ihn nicht mehr los.

In einem Artikel über die DDR-Opposition habe ich vor Jahren einmal geschrieben, Reinhard Schult sei „wie Don Quichotte, der immer wieder im Morgengrauen seine Rosinante sattelt, um gemeinsam mit Sancho Pansa der aufgehenden Sonne entgegen zu reiten. Sein Schlachtross mag ein müder alter Klepper sein, der Helm die zu Hause entwendete Rasierschüssel, seine verrostete Lanze mag aus der Rumpelkammer stammen – tapfer zieht er neuen Abenteuern entgegen, um gegen Windmühlenflügel anzurennen.“ Nun hat er seinen letzten Ritt angetreten. Doch der Kampf geht weiter. Die Welt braucht solche Ritter von der traurigen Gestalt – ihre Kompromisslosigkeit und Gradlinigkeit, ihre Phantasie und ihren Mut.

Zitierweise: Stefan Wolle, "Wir waren eine verschwindende Minderheit - Ein Nachruf auf Reinhard Schult", in: Deutschland Archiv, 29.09.2021, Link: www.bpb.de/341016..

Fußnoten

1. Vgl. Videointerview mit Reinhard Schult im Stasi-Dossier der bpb 2005, https://www.bpb.de/mediathek/359/die-tore-der-stasi-zumauern letzter Zugriff 29.9.2021